

Herzlich Willkommen!

Betritt man das Gelände des S.O.S.-Teams in Velbert-Nevigés, so sticht einem ein Berg von gefüllten Tüten, Taschen und Beuteln ins Auge. Eine Art Ausnahmezustand in dem beschaulichen Stadtteil. Aber warum das? Kaum 24 Stunden vor deren Ankunft erhielt die Stadtverwaltung Velbert, die Nachricht, dass am 25.07.2015 ca. 150 neue Flüchtlinge vorübergehend im Stadtgebiet aufgenommen werden sollten. Dank der Unterstützung des DRK wurde die Sporthalle „Waldschlösschen“ an der Hauptschule Hardenberg binnen eines Tages für diesen Zweck hergerichtet. Auch rief die Nachricht weitere engagierte Bürger auf den Plan, die sich nun ehrenamtlich um die Beschaffung von Kleidung, Hygieneartikeln, u.ä. kümmern, da die ankommenden Flüchtlinge kaum mehr besitzen als das, was sie am Leib tragen. Die Resonanz in der Bevölkerung ist enorm.

Unsere Themen

Flüchtlinge - Herzlich willkommen	S 1
LINKE hilft Flüchtlingen	S 1
Fluchtgründe	S 2
Griechenland Solidarität -Sahra Wagenknecht -Gregor Gysi	S 2 S 3
Schöner Wohnen in Velbert	S 3
Wussten Sie schon ...	S 3
Antifaschismus Gedenkstein	S 4
Leserbrief	S 4
Impressum	S 4



Foto: Ingrid Schween, Michael Adler und Carola Schröder vom SOS Team und Harry Gohr

DIE LINKE hilft Flüchtlingshilfe

Das SOS Team in Velbert – Nevigés sammelt und verteilt die vielen Sachspenden von engagierten Bürgern für die Flüchtlinge am Waldschlösschen. Da sehr viele Sachspenden abgegeben wurden, fehlte es an Kartons, um die Spenden zu sortieren. Kurz entschlossen haben wir 100 Umzugskartons besorgt. Vor Ort konnten wir uns dann über die gute Arbeit des DRK, der städtischen SozialarbeiterInnen und der vielen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe informieren.

Viele spenden, helfen beim Sortieren und dem Verteilen der Kleidung. Auch ein großer Drogeriemarkt und eine Buchhandlung aus Langenberg kamen dem Spendenaufruf nach.

Ebenso haben wir uns sehr gefreut als wir erfuhren, dass Mitbürger schon einen Deutschkurs auf die Beine gestellt haben. Und das innerhalb von nicht mal einer Woche. Wenn man bedenkt, dass die Einrichtung eines solchen für die Bewohner der Talstraße ein jahrelanger Prozess war, stimmt das zuversichtlich.

Nach den vielen schrecklichen Nachrichten von brennenden Asylunterkünften und vermehrten Übergriffen auf Flüchtlinge tut es gut, in der eigenen Heimat Gegenteiliges zu erleben. Trotzdem gilt es ein wachsames Auge zu haben.

Wir heißen die Neuankömmlinge herzlich willkommen und hoffen, dass sie sich hier wieder sicher fühlen können. Außerdem möchten wir, dass sie schnellstmöglich in Wohnungen unterkommen. Privatsphäre ist wichtig, um das Erlebte zu verarbeiten und zur Ruhe zu kommen.

Außerdem möchten wir uns bei allen Ehrenamtlichen und Spendern bedanken, die diesen Not leidenden Menschen durch ihre Hilfsbereitschaft zeigen, dass sie hier als Menschen und nicht als Last für die Gesellschaft gesehen werden.



Julia Niemann

Fluchtgründe - warum Menschen fliehen

Weltweit sind sehr viele Menschen auf der Flucht, wie auf der Grafik erkennbar. Nur wenige kommen überhaupt nach Europa oder gar Deutschland. Die Flucht hat unterschiedliche Ursachen. Doch eigentlich nur ein Ziel: überleben. Ob sie wegen politischen Einstellungen, Religion oder sexueller Orientierung verfolgt und bedroht werden; ob sie vor Gewalt, Krieg, Zerstörung fliehen oder vor Hunger, Verelendung und Chancenlosigkeit.



Aber auch religiöser Fanatismus ist für viele Menschen ein Grund, zu fliehen. Im Moment sehr akut ist die Bedrohung durch den „islamischen Staat“ (IS). Diese „Armee“ zögert nicht, anders Denkende in Massen zu ermorden.

Die Europäische Union hat die Mission „Mare Nostrum“, die Flüchtlinge in Seenot im Mittelmeer rettete, abgeschafft. Aber heute heuchelt man Betroffenheit, wenn wieder mal ein Flüchtlingsboot kentert und Hunderte ertrinken.

Ebenso zynisch ist es, manche Balkanländer zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären, obwohl dort gerade für Roma und Sinti das Leben sehr erschwert wird. Man schiebt sie dort meist in Elendsquartiere ab, ohne Chance auf Arbeit und Auskommen. Oft sind sie auch von Verfolgung und Gewalt bedroht.

Auf den Weg zu einer Willkommenskultur gehören für uns folgende Forderungen:

- Abschaffung von Asylbewerberleistungsgesetz und Residenzpflicht, freie Wahl des Aufenthaltsortes. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen.
- Zugang zu Arbeit und Bildung. Für wirtschaftliche Selbstständigkeit und Teilhabe.
- Uneingeschränkter Zugang zu Gesundheitsversorgung und sozialen Sicherungssystemen.

Der Bund könnte folgende Sofortmaßnahmen ohne Verzögerung verfügen:

- Mehr Entscheiderinnen und Entscheider für das Bundesamt für Flucht und Migration ausbilden und einstellen. Für eine kürzere Verfahrensdauer, die Antragstellerinnen und Antragstellern monatelange Unsicherheit und Stress erspart.
- Bundesimmobilien unentgeltlich für Wohnzwecke zur Verfügung stellen. Statt auf Höchstpreise zu warten und Leerstand zu akzeptieren, entstände hier Platz für die Unterbringung.
- Der Bund muss die Kosten der Kommunen für die Unterbringung übernehmen.



Ohne massiven Grund würde niemand seine Heimat, Familie und Freunde aufgeben und sich auf die gefährvolle Reise ins Ungewisse machen!!!

Mindestens, solange auf der Welt der Kapitalismus herrscht, dessen Logik Reichtum für wenige und Verelendung für viele bedeutet und Kriege um Rohstoffe und Märkte, solange wird es Flüchtlinge geben.

Die reichen Industrienationen, zu denen auch Deutschland gehört, sind mit schuldig an den meisten Konflikten, Kriegen, Diktaturen und dem Elend auf der Welt.

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht

Kürzungsdiktat verschärft Hunger in Griechenland



Es ist barbarisch, einem Land, in dem bereits tausende Kinder hungern, höhere Steuern auf Lebensmittel zu diktieren.

Es ist auch sinnlos, denn selbst wenn die Mehrwertsteuer auf 50 Prozent steigen würde, bleiben die griechischen Schulden unbezahlbar.

Statt die griechische Bevölkerung für die Wahl einer linken Regierung mit höheren Lebensmittelpreisen zu bestrafen, sollte die Bundesregierung endlich über einen Schuldenschnitt mit Griechenland verhandeln“, kommentiert Sahra Wagenknecht die von der Bundesregierung und der Troika diktierte Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von 13 auf 23 Prozent. (...)

„Kanzlerin Merkel fehlt es offensichtlich an Empathie. Das zeigt sich nicht nur im Umgang mit Flüchtlingskindern. Ihr sind auch die Interessen der normalen Bevölkerung in Deutschland völlig egal. Sonst würde sie nicht weitere 20 Milliarden Euro an Steuergeld verbrennen für ein vollkommen sinnloses Maßnahmenpaket, das die griechischen Schulden ebenso weiter erhöhen wird wie Armut und Verzweiflung in dem geschundenen Land.“

Wem die „Griechenlandhilfe“ wirklich hilft ist eigentlich ganz klar. Wieder einmal den Banken und den Konzernen, die sich nun für Spottpreise profitable Geschäftszweige wie Häfen, Flughäfen, Grundstücke in bester Lage usw. unter den Nagel reißen können. (...)

Aus der Rede von Gregor Gysi im Bundestag am 17.7.15



... Jetzt will ich Ihnen sagen, warum Ihre Politik unsozial, undemokratisch und antieuropäisch ist. Ich fange mit „unsozial“ an. Warum ist sie unsozial? Weil Sie nach den dramatischen Kürzungen bei Löhnen und Renten in Griechenland um 30 bis 40 Prozent weitere

Kürzungen der Renten verlangen, außerdem noch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zulasten der Verbraucherinnen und Verbraucher fordern, aber eine Besteuerung der Vermögenden im Wesentlichen strikt ablehnen. Das kann nicht gutgehen. 60 Prozent der Jugendlichen in Griechenland sind schon arbeitslos.

Warum ist Ihre Politik undemokratisch? Weil Sie das Ergebnis des Volksentscheids in Griechenland vollständig negieren. Der griechischen Bevölkerung sagen Sie, sie könne entscheiden, was sie will, Herr Schäuble entscheide anschließend, dass es woanders langgeht. Das ist die Lehre, die sie ziehen sollen.

Und worüber müssen wir und andere Parlamente abstimmen? Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Die griechische Regierung braucht die Erlaubnis der EU-Kommission, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank schon allein für die öffentliche Diskussion eines Gesetzentwurfes; denn nur nach Vorliegen dieser Erlaubnis darf sie diskutieren. Dann braucht sie noch einmal eine Erlaubnis, um diesen Gesetzentwurf ins Parlament einzubringen und über ihn abstimmen zu lassen. Das ist die faktische Abschaffung der parlamentarischen Demokratie, die Sie dort organisiert haben. (...)

Nun komme ich zu der Frage, warum die Politik antieuropäisch ist. Immer mehr Menschen in Europa verbinden Europa selbst mit Begriffen wie Zwang, Nötigung, Erpressung, „Geld geht über alles“, „uneingeschränkte Macht der Banken“. Die entscheidende Macht liegt bei drei demokratisch nicht legitimierten Einrichtungen - der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission - und einer Regierung, nämlich der Bundesregierung. (...)

Was glauben Sie, was die Menschen, die das erleben, von Europa halten? Deshalb, sage ich, wird die Idee kaputtgemacht.

Wussten Sie schon...

... das ein neuer Rüstungsriese seine Arbeit aufnimmt?

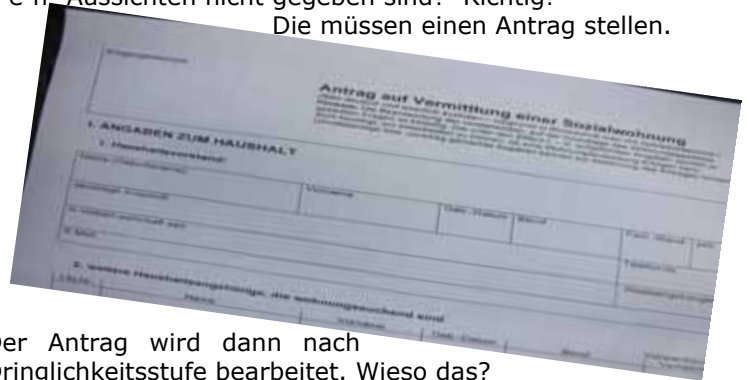


Die deutschen Panzerbauer Krauss-Maffei Wegmann fusionieren mit dem französischen Staatskonzern Nexter. Mit dem Zusammenschluss entsteht eine Rüstungsschmiede mit fast 2 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Dieser Zusammenschluss gibt die Möglichkeit über Umwege noch mehr deutsche Waffen in Länder zu liefern, die Menschenrechte mit Füßen treten. Neue wie alte Kriegsherde bedeuten in der Konsequenz weitere Flüchtlingsströme nach Europa. Wie überall auf der Welt zu sehen ist, werden Probleme nicht durch Kriege und Waffengewalt gelöst. Statt Rüstungshaien noch mehr Profite in den Rachen zu schmeißen, sollten wir alles tun um ein friedliches solidarisches Miteinander der Völker zu gewährleisten.

Schöner Wohnen in Velbert

Wer es sich leisten kann, findet traumhafte Wohnungen und Häuser in Velbert, in denen es sich ganz famos leben lässt. Wer noch im Alter über einen großen Geldbeutel verfügt, kann sich ins neue „Seniorengerechte Wohnen“ in der Innenstadt einkaufen – für 2000.- bis 4000.- Euro pro qm! - Wie aber ergeht es Menschen, denen solche sonnigen Aussichten nicht gegeben sind? Richtig! Die müssen einen Antrag stellen.



Der Antrag wird dann nach Dringlichkeitsstufe bearbeitet. Wieso das? Vermutlich doch, weil nicht für alle günstiger Wohnraum da ist! Nicht nur in Velbert.

In ganz NRW sinkt die Zahl der öffentlich geförderten Sozialwohnungen. Ende 2014 gab es 2 % weniger als im Vorjahr, 2013 weniger als 2012 usw. – ähnlich sieht es im ganzen Bundesgebiet aus.

Der Dringlichkeitskatalog der Stadt Velbert bestätigt das:

Dringlichkeitskatalog der Stadt Velbert für die Wohnungsvermittlung

Grundvoraussetzungen für die Registrierung:
Nachweis der Wohnberechtigung im Sinne von § 9 Wohnraumförderungsgesetz

DA DIE ZAHL DER WOHNUNGSSUCHENDEN DIE ZAHL DER ZUR VERFÜGUNG STEHENDEN WOHNUNGEN ÜBERSTIEGT, IST JEDER ANTRAG AUF WOHNUNGSVERMITTLUNG IN EINEN DEN NACHSTEHENDEN DRINGLICHKEITSRÄNGE EINZUSTUFEN.

Rang 1 Unbewohnbare Wohnung	Einsturzgefahr, Wohnungsbrand, etc.
Rang 2 Akute und latente Obdachlosigkeit	-Entlassung aus Klinik -Räumungsurteil rechtskräftig ohne gerichtlichen Räumungsschutz -unverschuldet u./o. ohne Gebührenrückstände bei der Obdachlosenbehörde
usw. bis:	
Rang 11	Alle übrigen Wohnungssuchenden, die aufgrund ihres Einkommens nach § 9 Wohnraumförderungsgesetz berechtigt sind

Quelle: Internetseite der Stadt Velbert

Caren Lay, Vize Chefin der Linken im Bundestag, beklagt einen „Kahlschlag im sozialen Wohnungsbau“ und fordert mindestens 150000 Sozialwohnungen pro Jahr!

Nicht nur DIE LINKE im Bund - auch wir vor Ort in Velbert - setzen uns dafür ein, dass unabhängig vom Geldbeutel für alle menschenwürdiger bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht!

Dr. Heike Knops

Gedenkstein hat seinen würdigen Platz bereits erhalten

Im Rahmen der Innenstadtentwicklung Velbert-Mitte planen Bürgermeister und Verwaltung, den Mahn- und Gedenkstein für die Opfer des Faschismus umzulegen. Er soll seinen künftigen Platz an einer angeblich „würdigen Stelle“ in der hintersten Ecke des Offersplatzes, abseits der Öffentlichkeit, erhalten.

Der Stein wurde 1988 aus Anlass des fünfzigsten Jahrestages der Reichspogromnacht und auf Druck eines großen Bündnisses aus Parteien (mit Ausnahme von CDU und FDP), Gewerkschaften, evangelischer und katholischer Kirchengemeinden, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten und vielen anderen aufgestellt.

Die Schirmherrschaft hatte der damalige Bürgermeister Klaus Mühlhoff.



In seiner Rede wies Mühlhoff darauf hin, dass das Mahnmal nicht nur an die unmenschlichen Verbrechen des Faschismus erinnern, sondern auch mahnen soll, dass solche Gräueltaten nie wieder von deutschem Boden ausgehen dürfen.

Als Standort wurde einhellig der Platz an der Alten Kirche ausgewählt, im Bewusstsein, dass dort schräg gegenüber 1938 jüdische Geschäfte von den Nazis in Brand gesteckt und zerstört wurden.

Heute erleben wir in unserem Land eine erneute Rechtsentwicklung. Neonazis prügeln auf Andersdenkende ein, überfallen Kundgebungen.

In unseren Nachbarstädten gibt es regelmäßig Aufmärsche. Antifaschisten, Ausländer und Flüchtlinge werden bedroht, überfallen und vielerorts Flüchtlingslager in Brand gesetzt.

Statt rigoros gegen diese Entwicklungen vorzugehen, sollen in Velbert die Opfer verschwiegen werden und aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit verschwinden. Verwaltung, Bürgermeister und Rat sollten Bert Brechts Worte „...der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch...“ ernst nehmen. Mahnung und Gedenken sind heute notwendiger denn je.

Die Linke fordert: Der Gedenkstein muss auf seinem jetzigen Platz erhalten bleiben!

Aufgemerkt!

Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!

Unser Büro ist zu folgenden Zeiten für Sie geöffnet:

montags 15 h - 17 h
mittwochs ab 17.30 h
donnerstags 15.30 h - 17 h

Telefonisch erreichen Sie uns unter:
02051-93 28 10

Impressum **Schlüsselbund**
erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.
Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:
Ingrid Schween, Joschka Baum
Offerstr. 14a
42551 Velbert,
Email: mail@dielinke-velbert.de
Web: www.dielinke-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

Sonja Spiekermann

Ratsfrau



IHRE MEINUNG INTERESSIERT UNS!
LESERBRIEFE
Ihr Einsatz für den Erhalt unseres Klinikums in städtischer Hand ist sehr lobenswert. Wenn ein Privater da reinkommt, ist doch zu befürchten, dass Stellen abgebaut werden. Das wäre eine große Mehrbelastung für das Personal und würde sicherlich eine Verschlechterung der Pflege bedeuten. Aber wir werden immer älter und sind auf gute Pflege auch im Krankenhaus angewiesen.
Ellen H., Velbert-Mitte